

politischen Grenzen

Kommunale Arbeitsgruppe beriet im Landkreis

Ludwigslust/Hagenow

Thorsten Meier

Das EU-Projekt LABEL „Labe – Elbe Anpassung an das Hochwasserrisiko im Elbe-Einzugsgebiet“ ist bis Februar 2012 genehmigt. Der Name steht für „Labe“ (der tschechische Name für Elbe) sowie „Elbe“ und die Entwicklung transnationaler Strategien. Das länderübergreifende Vorhaben, dessen Eröffnungsveranstaltung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft jetzt in Ludwigslust stattfand, läuft unter dem Motto: „Gemeinsam Planen - Gemeinsam Koordinieren - Gemeinsam Umsetzen“.

Vier Bundesländer sitzen mit im Boot

„Die Zusammenarbeit von Raumordnung und Wasserwirtschaft beim Hochwasserrisikomanagement, die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an das Hochwasserrisiko und eine umfassende Kommunikationsstrategie zur Erhöhung des Problembewusstseins sind die Kernelemente des Projektes Label. Durch das gemeinsame transnationale Handeln sollen Fehlentwicklungen vermieden, langfristige Risikovorsorge gefördert und das Hochwasserrisikomanagement verbessert werden“, erklärt Gerhard Wesser vom Landkreis Ludwigslust. Er ist für die Projektkontrolle in der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft zuständig. Vier Bundesländer, sieben Landkreise sowie 19 Projektpartner beteiligen sich an der Arbeit.

Die hochwassergefährdeten Bereiche im Einzugsgebiet der

telt und der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Mit Hilfe von raumplanerischen Instrumenten wird nun die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung im Elbeeinzugsgebiet gelegt, wobei dem Schutz vor Hochwasser eine bedeutende Rolle zuteil wird. Neben den neuen Anforderungen an die Raumplanung muss nachfolgend auch die Nutzung an die Hochwassergefahr angepasst werden. Mit der Bereitstellung von Informationen über neue Risiken und der Einbettung dieser Information in die jeweilige Planung wird eine attraktive und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftsraumes Elbe gewährleistet. Chancen für neue Anpassungsstrategien ergeben sich unter anderem aus den Herausforderungen durch den Klimawandel.

Hinzu kommt, dass die brandenburgische Landesregierung beschlossen hat, die Deiche höher zu bauen als alle benachbarten Bundesländer. Das Problem wird also an die gegenüber liegenden Flussanrainer Niedersachsen und Sachsen-Anhalt weiterge-

reicht. Soll also jetzt ein Wettrennen um den höchsten Deich beginnen? In Niedersachsen und Sachsen-Anhalt empfindet man die Politik Brandenburgs jedenfalls als unsolidarisch.

„Hochwasser und Schutz enden nicht an Grenzen“

Wesser: „Schließlich betrifft an einem Fluss das, was einer macht, gleichzeitig alle anderen. Werden an der einen Seite die Deiche erhöht, steigt für die andere Seite die Überschwemmungsgefahr. Deshalb sind wir auch dagegen, dass die Brandenburger höher bauen.“

Hochwasser und Schutz enden nicht an Grenzen, diese Feststellung trifft Detlev Paschen vom Koordinierungstab des Landkreises Lüneburg, der zwei Jahre lang federführend bei diesem Projekt sein wird. „Wir sehen unserer Landkreis dabei in einer Brückenfunktion.“

Dass es aber auch einen 100-prozentigen Hochwasserschutz nicht gäbe, betont Lothar Nordmeyer vom Umweltministerium in MV.

